

Beschlussvorlage

Drucksache - Nr.

066/11

Beschluss	
Nr.	vom
wird von Stabsst. 1.1 ausgefüllt	

Dezernat/Fachbereich:
Dezernat III

Bearbeitet von:
Dr. Jopen

Tel. Nr.:
82-2300

Datum:
26.04.2011

1. Betreff: Erweiterungsbau Hochschule Offenburg

2. Beratungsfolge:	Sitzungstermin	Öffentlichkeitsstatus
1. Haupt- und Bauausschuss	16.05.2011	öffentlich
2. Gemeinderat	30.05.2011	öffentlich

Beschlussantrag (Vorschlag der Verwaltung):

Der Haupt- und Bauausschuss empfiehlt dem Gemeinderat, einer zinslosen Darlehensgewährung an die Hochschule Offenburg in Höhe von 1,7 Mio. € im Jahr 2012 zum Bau eines Erweiterungsgebäudes zuzustimmen.

Beschlussvorlage

Drucksache - Nr.

066/11

Dezernat/Fachbereich:
Dezernat III

Bearbeitet von:
Dr. Jopen

Tel. Nr.:
82-2300

Datum:
26.04.2011

Betreff: Erweiterungsbau Hochschule Offenburg

Sachverhalt/Begründung:

Die Hochschule Offenburg erfreut sich seit der Gründung neuer Studiengänge einer stark erweiterten Nachfrage. Sie hat derzeit über 3.000 Studierende und wird in den kommenden Jahren auf über 4.000 Studierende anwachsen. Ein Teil der Raumnot wurde durch das vor zwei Jahren fertig gestellte neue Gebäude für den Fachbereich Medien auf dem Campus der Hochschule beseitigt.

Dennoch ist die Hochschule weiterhin an beiden Standorten - in Offenburg und in Gengenbach - auf der Suche nach geeigneten Hörsälen und Arbeitsräumen für Professoren und für weitere Mitarbeiter. Insbesondere angesichts des doppelten Abiturjahrgangs im Jahr 2012 wird sich für einige Jahre an den baden-württembergischen Hochschulen ein Sonderbedarf an Räumen und Personal ergeben. Davon ist in besonderem Maße die Hochschule Offenburg als wachsender Hochschulstandort betroffen.

Das Land Baden-Württemberg stellt hierfür temporär allen Hochschulen bis zum Jahre 2017 Sondermittel zur Verfügung, die vorrangig der Anmietung von Räumen dienen sollen. Solche Anmietungsmöglichkeiten, soweit sinnvolle Objekte am Markt sind, werden von der Hochschule auch genutzt. So hat zum Beispiel die Stiftung Technologiepark Offenburg Räumlichkeiten zu sehr günstigen Mietkonditionen der Hochschule zur Verfügung gestellt.

Allerdings sieht die Hochschule für die langfristige positive Entwicklung ein weiteres Gebäude auf dem Hochschulcampus mit Büros und Hörsälen, das dann dauerhaft genutzt werden kann, als eine zwingende Voraussetzung an. Der Hochschulbau in Baden-Württemberg steht allerdings unter engen Restriktionen. So konnte der nun angestrebte Erweiterungsbau nur durch eine sehr großzügige Spende des Ehepaars Georg und Maria Dietrich in Gang gebracht werden. Das Land hat daraufhin begrenzte, weitere Mittel zugesagt.

Um ein optimales Gebäude mit fünf Stockwerken zu realisieren, hat sich der Rektor der Hochschule Prof. Dr. Lieber an die Oberbürgermeisterin gewendet und um Hilfe gebeten. Die Oberbürgermeisterin hat im Hochschulrat verdeutlicht, dass Offenburg einerseits die Hochschule gerne fördert, so z.B. über die Stiftung Technologiepark mit einem günstigen Anmietungsangebot, dass aber andererseits beachtet werden muss, dass Hochschulbau eindeutig Landesaufgabe ist und auch bleiben muss.

Das Land sieht sich aber nicht in der Lage, zusätzliche Baumittel in einer Größenordnung von 1,7 Mio. € für den 5. Stock des Erweiterungsbaus (mit ca. 600 qm Nutzfläche) bereitzustellen.

Beschlussvorlage

Drucksache - Nr.

066/11

Dezernat/Fachbereich:
Dezernat III

Bearbeitet von:
Dr. Jopen

Tel. Nr.:
82-2300

Datum:
26.04.2011

Betreff: Erweiterungsbau Hochschule Offenburg

Andererseits ist nun absehbar, dass die oben erwähnten Sondermittel für Anmietungen nicht vollständig in sinnvolle Objekte investiert werden können, weil solche Objekte für den begrenzten Zeitraum von 6 Jahren nicht ausreichend zur Verfügung stehen.

Die Stadt hat sodann in einem Gespräch im Finanzministerium Baden-Württemberg vorgeschlagen, dass sie den fünften Stock vollständig vorfinanziert und das Land mit den der Hochschule zugedachten Mietmitteln ab 2013 bis 2017 dieses Darlehen zurückzahlt. Die Stadt verzichtet auf eine Verzinsung.

Auf diesen Vorschlag ist das Land eingegangen. Damit kann der fünfte Stock gebaut werden, die Hochschule ist über diese Entwicklung sehr zufrieden.

Aus Sicht des Landes beläuft sich die Zinersparnis bei ca. 200.000 €, aus Sicht der Stadt beträgt der Verlust an Habenzinsen ca. 150.000 €. Liquidität ist bei der Stadt angesichts der Gewerbesteuernachzahlungen im Jahr 2010 vorhanden.

Mit dieser Lösung bleibt es bei der Zuständigkeit des Landes, die Stadt erbringt einen sichtbaren und vertretbaren Beitrag und die Hochschule kann den Erweiterungsbau in optimierter Form realisieren.

Die Gremien werden um Zustimmung gebeten.